

Gemeinderat beschließt Besetzung des Gemeindewahlausschusses für die Gemeinderatswahl am 09. Juni 2024 - Hauptamtsleiter Andreas Kaupp übernimmt den Vorsitz

Die Wahl der Kreisräte und der Gemeinderäte findet am Sonntag, 09. Juni 2024 statt. Nach dem Kommunalwahlgesetz und der Kommunalwahlordnung ist vom Gemeinderat eine Beschlussfassung über die Bildung des Gemeinde Wahlausschusses erforderlich. Die übrigen Wahlvorbereitungen, wie die Bildung von Wahlbezirken, die Berufung der Mitglieder der Wahlvorstände und der Hilfskräfte und die Bestimmung der Wahlräume werden vom Bürgermeister vorgenommen.

"Der Gemeindewahlausschuss besteht nach den gesetzlichen Bestimmungen aus dem Bürgermeister und mindestens 2 Beisitzern mit Stellvertretern. Ist der Bürgermeister Wahlbewerber, so wählt der Gemeinderat auch den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Bürgermeister Jürgen Leichtle ist Kandidat für die Kreistagswahl. Damit der Gemeindewahlausschuss auch gleichzeitig die Aufgaben eines Wahlvorstands eines Wahlbezirks wahrnehmen kann, wird empfohlen, neben dem Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden 3 Beisitzer und 3 Stellvertreter zu wählen", berichtete Hauptamtsleiter Andreas Kaupp. Er teilte mit, dass, sofern ein Mitglied des Gemeindewahlausschusses als Wahlbewerber für eine Wahl auftritt, der Wahlausschuss entsprechend umgebildet werden muss. Ferner ist zu beachten, dass Mitglieder des Gemeindewahlausschusses nicht gleichzeitig als Vertrauensleute auf den einzureichenden Wahlvorschlägen auftreten können. Abschließend beschloss der Gemeinderat die folgende Besetzung des Gemeindewahlausschusses:

Vorsitzender: Andreas Kaupp

Stellvertretender Vorsitzender: Siegfried King

Beisitzer: Hubert Nagel

Beisitzerin: Dorothee Broghammer

Beisitzerin: Tina Müller

Stellvertretende Beisitzerin: Petra Graf

Stellvertretender Beisitzer: Jürgen Reichert

Stellvertretende Beisitzerin: Manuela Martin.

Gemeinderat erteilt Zustimmung zu fünf Baugesuchen

Zu insgesamt fünf Baugesuchen konnte der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung die Zustimmung erteilen. Auf Flurstück 978/5, Sulzbacher Str. 56 ist eine Wohnraumerweiterung mit einem Anbau auf einer vorhandenen Dachterrasse geplant. Das Bauvorhaben befindet sich innerhalb der Abrundungssatzung "Bruckhof".

Auf Flurstück 746, Imbrand 52 ist ein Wohnanbau mit Unterkellerung sowie die Erweiterung der Terrasse bzw. des Balkons geplant. Den notwendigen Befreiungen hinsichtlich des Überschreitens des Baufensters und einer geringfügigen Inanspruchnahme des Leitungsrechts konnte ebenfalls zugestimmt werden.

Beim Gebäude Gifhof 6 auf Flurstück 1237 ist ein Umbau mit Sanierung des Dachstuhles vorgesehen.

Im Bereich Benatweg/Eichbusch ist auf den Flurstücken 673/1 und 532/16 der Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Doppelcarport geplant. Auch dort waren Befreiungen

hinsichtlich des Überschreitens des Baufensters und der Unterschreitung der Dachneigung vom Bebauungsplan "Eichbusch" erforderlich. Hinsichtlich der Erschließung, insbesondere der Verlegung einer Abwasserleitung für den Hausanschluss ist noch eine Vereinbarung mit der Gemeinde erforderlich. Der Gemeinderat konnte unter dem Vorbehalt, dass diese Vereinbarung mit dem Bauherrn abgeschlossen werden kann, zustimmen.

Zudem ist auf Flurstück 1736/1, Föhrenbühl 2, der Neubau einer Doppelgarage vorgesehen.

Nach der Zustimmung im Gemeinderat folgt nun die abschließende Bearbeitung der Baugesuche beim Kreisbauamt des Landratsamtes Rottweil.

Rathaussplitter

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Gemeinderat dem kürzlich verstorbenen Uwe Erdmann, der von 1989 bis 1994 Mitglied des Gemeinderats war. Zudem gedachte der Gemeinderat dem ebenfalls verstorbenen Aribert Heine, der viele Jahre als Vertreter der Heine-Stiftung, zu der die Gebäude und der Kindergarten gehört, Verantwortung in Lauterbach zeigte.

Bei den Bekanntgaben ging Bürgermeister Jürgen Leichtle auf eine Anfrage aus einer der letzten Gemeinderatssitzungen ein. "Hierbei wurde nach der Nutzung der Thermo-Box des Bauhofes gefragt. Ich kann mitteilen, dass die Thermo-Box im Jahr 2023 an 37 Tagen genutzt worden ist", berichtete er.

Einen weiteren Zwischenstand teilte er zur Pendla-App mit. "Erfreulich ist, dass es 5 neue Nutzer gibt und sich eine weitere Fahrgemeinschaft gebildet hat", berichtete er. Bauhofleiter Simon Kaupp gab bekannt, dass sich der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung für einen Bewerber um die Neubesetzung einer freiwerdenden Stelle im gemeindlichen Bauhof entschieden hat. "Dieser tritt die neue Stelle zum 01. Februar 2024 an", teilte er mit.

Hauptamtsleiter Andreas Kaupp ging auf die Bevölkerungsfortschreibung ein. Er gab bekannt, dass die Einwohnerzahl gegenüber dem 30.06.2023 zum 30.09.2023 um 3 Personen von 2878 auf 2881 Einwohner gestiegen ist.

Zudem ging Hauptamtsleiter Andreas Kaupp ausführlich auf die verkehrsrechtliche Anordnung mit zahlreichen Sperrungen und Einschränkungen im Zusammenhang mit dem Ringtreffen des Narrenfreundschaftsrings Schwarzwald-Baar-Heuberg vom 26. bis 28.01.2024 ein. Die Beschreibung der verkehrsrechtlichen Anordnung ist an anderer Stelle im Amtsblatt "Bürger und Gemeinde" abgedruckt.

Im Rahmen der Bürgerfragestunde ging Rektorin Sandra Winterhalter auf die Mittelanmeldung der Schule für den Haushaltsplan 2024 ein. "Ich möchte darauf hinweisen, dass die ursprüngliche Mittelanmeldung, die dann vom Gemeinderat gekürzt worden ist, rechtzeitig und in Absprache mit dem Bürgermeister und dem Kämmerer vorgenommen worden ist". Sie bedauert in diesem Zusammenhang ausdrücklich die etwas negative Darstellung im Rahmen der Presseberichterstattung. Weiter gab sie zu bedenken, dass der Gesetzgeber ab 2026/2027 eine Ganztagsbetreuung fordert. Dies müsse vor allem im Hinblick auf die Verlässliche Grundschule im Auge behalten werden.

Auf Anfrage von Holger Oehl ging Bürgermeister Jürgen Leichtle auf den geplanten Lebensmittelmarkt im Haus des Gastes ein. "Nach wie vor ist das mögliche Betreiberhepaar Bächle stark interessiert, muss jedoch noch verschiedene Absprachen treffen". Bürgermeister Jürgen Leichtle rechnet damit, dass in Kürze der Vertrag unterschrieben werden kann, sodass dann gleich anschließend die Ausschreibung für die Umbaumaßnahme erfolgen kann. Ebenfalls im Rahmen der Einwohnerfragestunde sprach Josef King, Hasenhof, die hohe Zahl von Flüchtlingen in Lauterbach an. "Aus meiner Sicht muss auch bedacht werden, dass sämtliche Flüchtlinge als Einwohner der Gemeinde zählen und die Gemeinde damit auch entsprechende Finanzzuweisungen bekommt. Diese Anregung ist richtig, denn ohne die zahlreichen Flüchtlinge wäre die Einwohnerzahl deutlich geringer, was, wie von Josef King vermutet, sich auf die Zuweisungen negativ auswirken würde.

Im Rahmen der Anfragen und Anregungen sprach Martin King die neue Ausschreibung zum Projekt "Unser Dorf hat Zukunft" an. Dort findet bereits im März die erste Informationsveranstaltung für die nächste Ausschreibung statt. Der Gemeinderat wird zur Thematik, voraussichtlich bereits in der nächsten Gemeinderatssitzung im Februar 2024 beraten.

P

ersonal im Bereich der verlässlichen Grundschule soll aufgestockt werden - hohe Akzeptanz der verlässlichen Grundschule

Bürgermeister Jürgen Leichtle teilte mit, dass im Bereich der verlässlichen Grundschule 41 Kinder betreut werden. Es gehe nun darum, gegebenenfalls das Personal aufzustocken um die seitherigen beiden Betreuerinnen zu entlasten.

Petra Graf teilte hierzu mit, dass an manchen Tagen bis zu 17 Kinder von einer Person lediglich unterstützt von einer FSJ-Kraft die Kinder betreuen. Personell sei man an einer Grenze angelangt. Bis zu einer möglichen Aufstockung schlug sie vor, einen Aufnahmestopp vorzunehmen. Vorgeschlagen wurde von ihr eine weitere Kraft die an 2 Nachmittagen pro Woche jeweils mit einem Umfang von 3 Stunden zum Einsatz kommen könnte.

Mehrere Mitglieder des Gemeinderates sprachen sich für die Ausschreibung einer Stelle mit einem Umfang von 6 Wochenstunden, verteilt auf 2 Nachmittage mit jeweils 3 Stunden aus. Der Gemeinderat beschloss abschließend, die entsprechende Stelle kurzfristig auszuschreiben und gegebenenfalls zu besetzen.

Gemeinderat verabschiedet Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2024 - Mittel in Höhe von 790.000 EUR werden von 2023 nach 2024 übertragen - Sperrvermerk im Bereich der Personalkosten

Bürgermeister Jürgen Leichtle teilte mit, dass der Haushaltsplan trotz der Erkrankung von Kämmerer Karl-Heinz Villinger rechtzeitig fertiggestellt werden konnte. Karl-Heinz Villinger ging zunächst auf die Vorberatung des Haushaltsplanentwurfs vom 18.

Dezember ein. Er teilte mit, dass die dort beschlossenen Änderungen eingearbeitet worden sind und verwies diesbezüglich auf das Planwerk und die vorbereitete Haushaltssatzung.

Johannes Geprägs ging zunächst auf die Kürzungen im Bereich der Schule ein. Kämmerer Karl-Heinz Villinger bestätigte, dass nach dem Beschluss des Gemeinderates 56.000 + 6000 EUR im Haushaltsplan für den Schulbereich enthalten sind. Sonja Rajsp-Lauer bemängelte die Tatsache, dass der fertige Haushaltsplan erst als Tischvorlage geliefert werden konnte, sodass sich die Mitglieder des Gemeinderates mit dem fertigen Planwerk vorab nicht mehr befassen konnten. Rektorin Sandra Winterhalter erläuterte nochmals den Finanzbedarf der Schule für das Jahr 2024. "Von mir wurden lediglich 41.600 EUR angemeldet. Zusätzlich wurden 6000 EUR für einen Netzwerkschrank angemeldet. Hierbei muss bedacht werden, dass der eigentliche Schrank lediglich 1.200 EUR kostet und Zusatzarbeiten erforderlich sind, sodass sich die Gesamtkosten im dortigen Bereich auf 6000 EUR belaufen. Rolf Buchholz bat in Zukunft um bessere Abstimmung hinsichtlich der Mittelanmeldungen der Schule mit der Verwaltung. Stefan Weinmann gab zu bedenken, dass im Rahmen der Haushaltsplanvorbereitungen der deutlich höhere Finanzbedarf im Schulbereich aufgestoßen sei. "Dort wäre eine bessere Kommunikation und eine bessere Erklärung im Gemeinderat über die notwendigen Mittel wertvoll gewesen", sagte er. Ansgar Fehrenbacher und Stefan Weinmann baten, im Bereich des Stellenplans eine zusätzliche Stelle in der Finanzverwaltung mit einem Sperrvermerk zu versehen. Erich Fehrenbacher hielt dies für nicht notwendig, da ohnehin über eine Personaleinstellung beraten werden muss. Der Antrag von Stefan Weinmann bei der zusätzlichen Stelle im Stellenplan einen Sperrvermerk anzubringen wurde mit großer Mehrheit angenommen. Auf Anfrage von Rolf Buchholz bestätigte Kämmerer Karl-Heinz Villinger, dass die Finanzierung des Feuerwehrfahrzeuges belassen wird, was bedeutet, dass Mittel teilweise in 2024 mit einem Kassenkredit vorfinanziert werden müssen. Georg Buchholz sprach die noch fehlenden Abschlüsse der vorangegangenen Jahre an. Dies hängt, so Kämmerer Karl-Heinz Villinger, mit der Umstellung auf das neue Haushalts- und Kassenrecht zusammen. Dort sind unheimlich zeitraubende Vorarbeiten zu leisten. Trotzdem müssen die Abschlüsse in näherer Zukunft vorliegen.

Abschließend sprach Ansgar Fehrenbacher von einem ordentlichen Haushaltsplan. "Die Aufnahme von Krediten ist für mich nichts Schlimmes, da ansonsten notwendige Maßnahmen geschoben werden und dadurch eventuell noch höhere Kosten entstehen". Als sehr gut bezeichnete er die Einstellung von Mitteln für den geplanten Dorfladen. Auch mit wenig Mittel könne in der Gemeinde viel bewegt werden. Als Beispiel nannte er das Projekt "Unser Dorf hat Zukunft", das gegebenenfalls wiederholt werden kann. Bei der Nahwärme verhalte sich die Gemeinde aus seiner Sicht zu zögerlich. Erfreulich wäre auch gewesen, wenn das 1 EUR Ticket im öffentlichen Personennahverkehr auch Lauterbach betreffen würde. Als sehr gut bezeichnete er die Tatsache, dass in 2024 keine Steuern und Gebührenerhöhungen notwendig sind. Den Planansatz mit 400.000 EUR für die Gewerbesteuer bezeichnete er als gut. Erfreulich sei trotz aller Schwierigkeiten, dass die Unterbringung der Flüchtlinge in Lauterbach gut gelinge. Jetzt benötige die Gemeinde allerdings bei den Zuweisungen auch einmal eine Pause "um Luft zu holen". Weiter ging Ansgar Fehrenbacher auf verschiedene Maßnahmen, die im Haushaltsplan 2024 enthalten sind, ein. Insgesamt bezeichnete er den Haushalt als

befriedigend und teilte mit, dass seine Fraktion diesem zustimmen wird. In diesem Zusammenhang bedankte er sich bei der Verwaltung insbesondere bei Kämmerer Karl-Heinz Villinger aber auch bei den Kollegen der CDU-Fraktion für die gute Zusammenarbeit.

Auch Rolf Buchholz ging auf die wesentlichen Inhalte des Haushaltsplans 2024 ein. Sehr gut sei, dass nur eine sehr geringe Netto-Neuverschuldung vorgenommen wird. Als sehr erfreulich bezeichnete er die Tatsache, dass mit u.a. dem Ausbau der Pfarrer-Sieger-Straße, dem Neubau des Lebensmittelmarktes, der Friedhofssanierung und der Beschaffung des Feuerwehrfahrzeuges "große Brocken im Haushaltsplan 2024 finanziert werden können". Hinsichtlich des geplanten Ladengeschäftes im "Haus des Gastes" hätte er sich aber die Prüfung, ob die Räume in der Kreissparkasse geeignet sind, noch gewünscht. Aus seiner Sicht mache eine kommunale Wärmeplanung in Lauterbach wenig Sinn. Auch er bedankte sich bei der Verwaltung für die Erstellung des Haushaltsplans und bei der UBL-Fraktion für die sehr gute Zusammenarbeit. Abschließend beschloss der Gemeinderat den Haushaltsplan und die Haushaltssatzung 2024 mit dem Ergebnishaushalt und dem Finanzhaushalt sowie dem Investitionsplan und dem Stellenplan einstimmig. Zudem wurde der Mittelübertragung von 2023 auf 2024 in Höhe von 790.000 EUR zugestimmt.

Flüchtlingssituation in Lauterbach Thema im Gemeinderat- Lauterbach beherbergt in 45 Wohnungen 225 Personen - hohe Anzahl sowie ständiger Wechsel führen zu Problemen in Kindergarten, Schule und ärztlicher Versorgung - Benoit Lehotkay vom Landratsamt Rottweil berichtet im Gemeinderat

Hauptamtsleiter Andreas Kaupp teilte mit, dass im Rahmen der Gemeinderatssitzung vom 13.11.2023 vereinbart wurde, dass die Flüchtlingssituation in Lauterbach mit einem Vertreter des Landratsamtes - Amt für Aufnahme und Integration - beraten wird. "Hintergründe u.a. waren die sehr hohen Flüchtlingszahlen Lauterbach, verbunden mit Problemstellungen im Bereich der ärztlichen Versorgung, der Integration in Kindergarten und Schule aber auch in der Verwaltung selbst. Er teilte mit, dass in Lauterbach insgesamt 225 Personen in 45 Wohnungen untergebracht sind. Dies sind Flüchtlinge, die seit 2015/2016 nach Lauterbach gekommen sind und immer noch hier wohnen. Insgesamt verteilen sich die 225 Flüchtlinge auf 13 verschiedene Nationen. Er teilte mit, dass hinsichtlich des Integrationsmanagements, angesiedelt beim "Juks" Schramberg, die Integrationsmanagerin Melissa Otte zuständig ist. Frau Otte hat wöchentliche Sprechstunden immer donnerstags ab 14:00 Uhr im Rathaus und sonst bei Bedarf im Juks in Schramberg. Zudem hat sie bereits am 18.09.2023 im Gemeinderat ausführlich über ihre Arbeit berichtet.

Hauptamtsleiter Andreas Kaupp teilte mit, dass für die Flüchtlinge in der Erstunterbringung das Landratsamt Rottweil zuständig ist. Aufgrund der starken Zunahme mit jetzt 15 Wohnungen konnte erreicht werden, dass die Flüchtlingsmanager Herr Archad und Frau Geiger die Betreuung jeweils dienstags ab 8:00 Uhr für diesen Personenkreis übernehmen.

Weiter gab er zu bedenken, dass sich auch das "Netzwerk willkommen" weiterhin mit Engagement für die Flüchtlinge einsetzt.

Anschließend ging er auf Problempunkte ein. Diese betreffen die ärztliche Versorgung der Flüchtlinge verbunden mit einem sehr hohen Verwaltungsaufwand sowie die Integration im Kindergarten und in der Grundschule. Problematisch sei dort immer wieder die Tatsache, dass Kinder die zum Beispiel in der Erstunterbringung ein halbes Jahr in Lauterbach sind dann wieder in eine andere Gemeinde wechseln müssen. Zudem bezeichnet er den Verwaltungsaufwand bei der Gemeindeverwaltung als sehr hoch. Aufgrund der sehr hohen Flüchtlingszahlen sei vor allem das Bürgerbüro hoch belastet. Zahlreiche Flüchtlinge kommen immer wieder zur Gemeindeverwaltung als erste Anlaufstelle um vor allem erste Fragen klären zu wollen. Er gab zu bedenken, dass der personelle Aufwand auch im von der Gemeinde angemieteten Gebäude Hauptstraße 36 nicht unerheblich ist. Insgesamt stelle sich die Frage, in welcher Form die Integrationsarbeit in Lauterbach vor dem Hintergrund der höchsten Flüchtlingszahlen, bezogen auf die Einwohnerzahl (neben Schenkenzell) im Landkreis Rottweil noch verbessert und optimiert werden kann.

Hinsichtlich der Kostenseite sprach Hauptamtsleiter Andreas Kaupp von einer überschaubaren Situation. Die Gemeinde habe zwar das ganze Gebäude Hauptstraße 36 angemietet, refinance sich aber wieder über die Mieten der Bewohner, die in der Regel vom Jobcenter übernommen werden. Dies sei auch bei der gemeindeeigenen Wohnung Pfarrer-Sieger-Straße 25 so. Weitere Wohnungen habe die Gemeinde nicht angemietet

Grundsätzlich gab er zu bedenken, dass die Zuweisung der Flüchtlinge im Kreis Rottweil über einen prozentualen Schlüssel erfolge. Die Gemeinde liege, sowohl bei den Flüchtlingen aus der Ukraine als auch bei den anderen Flüchtlingen weit über dem Soll. Rechnerisch müsste die Gemeinde bei den Flüchtlingen aus der Ukraine lediglich 44 Personen aufnehmen. Zum Stand 01.10.2023 waren 67 Personen gemeldet. Von den anderen Flüchtlingen müsse die Gemeinde 32 Flüchtlinge aufnehmen, tatsächlich betrage die Zahl, die angerechnet wird jedoch 98. Rechnerisch rechnet das Landratsamt der Gemeinde 165 Personen an. Die Differenz zu den 225 Personen erkläre sich dadurch, dass eine erhebliche Anzahl von Flüchtlingen, die zum Beispiel schon sehr lange hier sind, nicht mehr in die Statistik des Landratsamtes einfließen.

Im Rahmen der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt konnte Bürgermeister Jürgen Leichtle dann Benoit Lehotkay als Leiter des Amtes für Aufnahme und Integration des Landratsamtes Rottweil begrüßen. Im Rahmen einer Präsentation ging dieser zunächst auf die Verteilung der Flüchtlinge in Deutschland, in Baden-Württemberg und auch im Landkreis Rottweil ein. Er gab zu bedenken, dass der Landkreis 2023 1.211 Personen unterbringen musste. Derzeit wohnen 965 Personen in Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises sowie 1250 Personen in Wohnraum der Kommunen. Er gab bekannt, dass der Landkreis Rottweil eigenverantwortlich 43 Unterkünfte mit Kapazitäten zwischen 12 und 220 Plätzen in 11 Kommunen betreut. Insgesamt hat der Landkreis Rottweil 1280 Plätze zur Verfügung, wovon derzeit 965 belegt sind. In Lauterbach stehen dem Landkreis Rottweil in 6 Häusern insgesamt 104 Plätze zur Verfügung, derzeit so Benoit Lehotkay sind 88 Plätze belegt. Er bestätigte, dass Lauterbach derzeit die

Zuweisungsquote weit übererfüllt hat. Derzeit beherberge Lauterbach über die festgesetzte Quote hinaus zusätzlich 70 Personen. Weiter ging er auf die Betreuung für die Geflüchteten ein. Er bestätigte, dass für die Bewohner und Bewohnerinnen in den Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises dieser auch für die Sozialbetreuung zuständig ist, für die restlichen Flüchtlinge ist das Juks in Schramberg, Melissa Otte, zuständig.

Auf Anfrage von Ansgar Fehrenbacher bestätigte er, dass nicht nur 11 Kommunen Flüchtlinge zugewiesen bekommen, sondern dass die restlichen Kommunen über die Zuweisung im Rahmen der Anschlussunterbringung ebenfalls bedacht werden. Johannes Geprägs ging auf die ärztliche Versorgung ein. Vorgeschlagen wurde, dass sich das Gesundheitsamt im Rahmen der Impfungen stärker engagiert. Johannes Geprägs teilte weiterhin mit, dass gerade hinsichtlich der Sprachbarrieren große Probleme bei der ärztlichen Versorgung herrschen, da dadurch die medizinischen Behandlungen sehr erschwert sind. Dr. Stefan Schapschröer nahm aus ärztlicher Sicht Stellung und forderte eine bessere Absprache mit den Hausärzten und bot an, bei Impfaktionen zu helfen. Weiter sprach er eine unbedingt notwendige Digitalisierung an. "Die derzeitige Praxis mit Krankenscheine und einer Papierflut ist kaum zu bewältigen", gab er zu bedenken. Sonja Rajsp-Lauer bemängelte, dass gute Strukturen fehlen. Diesbezüglich sprach sie einen verbesserten ÖPNV und auch eine verbesserte Sozialarbeit an. Problematisch sei, wie bereits mehrfach angesprochen, die kurze Verweildauer der Erstunterbringung. Diese Tatsache bestätigte Kindergartenleiterin Theresia Buchholz. "Kinder sind oft nur sehr kurz da und daher kaum bzw. gar nicht zu integrieren", sagte sie. Sie schlug vor, für diesen Personenkreis über eine Spielgruppe nachzudenken. Auch bei der Bezahlung der Kindergartenbeiträge schlug sie Verbesserungen vor. "Ideal wäre es, wenn sich die Zahlungen auf das Kindergartenjahr beziehen würden", gab sie zu bedenken. Stefan Weinmann sprach die hohe Zahl der Flüchtlinge in Lauterbach an. "Aus meiner Sicht sind wir jetzt an einer Grenze angelangt", sagte er. Er forderte, dass auch andere Gemeinden, insbesondere die Gemeinden, die ihre Quote nicht erfüllt haben, in die Pflicht genommen werden. "Aus meiner Sicht muss sich die Verteilung der Flüchtlinge gerechter auf die verschiedenen Kreisgemeinden verbessern", forderte er. Sandra Winterhalter nahm aus Sicht der Schule Stellung. Sie teilte mit, dass bei 105 Kindern rund 30 % der Kinder einen Migrationshintergrund haben. Extrem problematisch sei die kurze Verweildauer in Lauterbach und die extrem hohe Zahl der Flüchtlinge. Es gebe zwar eine Willkommensklasse mit sprachlicher Förderung, trotzdem sei der Aufwand für die Flüchtlingskinder von den Kolleginnen kaum zu bewältigen. "Die maximale Belastungsgrenze sei zwischenzeitlich erreicht", teilte sie mit. Angelika Nagel unterstrich diese Ausführungen mit konkreten Beispielen aus dem täglichen Betrieb. Benoit Lehotkay bat in diesem Zusammenhang auch das Schulamt zu unterrichten, um gegebenenfalls von dort Unterstützung zu bekommen. Sonja Rajsp-Lauer bat zu prüfen, ob die Gemeinde nicht Mietverträge des Landkreises übernehmen kann, damit die Flüchtlinge länger in Lauterbach bleiben können und damit die Integration besser funktionieren kann. Auf Ihre Anfrage bestätigte Bürgermeister Jürgen Leichtle, dass ein Neubürgerempfang, verbunden mit dem Empfang für Flüchtlinge im März dieses Jahres stattfinden soll. Rolf Buchholz erkundigte sich über die Aussichten in absehbarer Zukunft. Diesbezüglich könne, so Benoit Lehotkay keine Aussage gemacht werden. Immer wieder seien hohe Zugänge zu verzeichnen, wobei derzeit eine kleine Entlastung

angesagt ist. Dies könne sich jedoch schnell wieder ändern. Auf die Anfrage, ob alleinstehende Personen bzw. Familien zugewiesen werden können teilte Armin Kaupp mit, dass das Landratsamt diesbezüglich so weit als möglich flexibel ist. Grundsätzlich teilte Bürgermeister Jürgen Leichtle mit, dass er die Flüchtlingssituation auch im Rahmen des Bürgermeistersprengels im Landkreis Rottweil ansprechen will, insbesondere da Lauterbach weit übererfüllt hat. Auch Britta Schondelmaier als Vertreterin des "Netzwerkes Willkommen" bat hinsichtlich des schnellen und großen Wechsels der Flüchtlinge Lösungen zu finden. Ansgar Fehrenbacher sprach die Bitte an den Landkreis aus, Lauterbach für die nächsten ein bis zwei Jahren Zuweisungen zu verschonen, um "wieder etwas Luft holen zu können". Letztlich so Benoit Lehotkay könnte sich die Situation auch in Lauterbach tatsächlich entspannen, Voraussetzung sei jedoch, dass sich insgesamt die Flüchtlingszahlen rückläufig bewegen. "Dann können auch Unterkünfte abgebaut bzw. an die Gemeinde übergeben werden und Personen längerfristig vor Ort bleiben, sodass eine bessere Integration möglich ist. Dies ist jedoch nicht möglich, wenn die Zugänge der Flüchtlinge wieder hoch sind da dann jede Unterkunft die angemietet werden kann, gebraucht wird", schloss er seine Ausführungen

Abschließend bedankte sich Bürgermeister Jürgen Leichtle bei Benoit Lehotkay, beim Gemeinderat aber auch bei den zahlreichen Personen, die sich zur Thematik zu Wort gemeldet haben.